

# An die ostfriesische Arbeiterschaft!

## An alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre der ostfriesischen Betriebe! Kollegen und Kolleginnen!

Durch die Notverordnung der Papenregierung sollen die Löhne und die Unterhaltungen der gesamten Arbeiterschaft erneut eine gewaltige Kürzung erfahren, die Tarifverträge und auch die letzten Reste der Sozialversicherungen sollen zerschlagen werden. Jokerschätzungen, Verwägung der Bürgersteuer und drohende Inflation werden den Lebensunterhalt der Werktätigen noch mehr herabdrücken. Die Ausbeuter aber erhalten Milliardengewinne.

Schon gehen die Unternehmer im Sinne der Notverordnung zu betrüblichem Vorgehen über.

Die Gehaltseinsparungen im Sachsewert durch Maschinenentlassungen und Gehaltsabbau, die Wiedereröffnung des Emaillewerkes der Firma Reuter-AG, Cossedaube, bei der man den neulingsteinsten Kolleginnen und Kollegen Reiseunterstützung leistet, in denen sie sich verpflichtet, bei Inbetriebnahme des fünften Ofens 4 Prozent und bei Inbetriebnahme des fünften Ofens ungefähr 7 Prozent vom Afford abzubauen zu lassen, geben einen deutlichen Vorgeschmack für die weitere Entwicklung des kommenden Lohnraubs.

Die Textilindustrie haben den Generalstreik auf die Hungerkassen der Textilarbeiter bereits eröffnet.

### Jetzt muß die gesamte Arbeiterschaft zum Organisationskampf übergehen

Bereits bei der Streikfälligkeit der Textilarbeiter hat sich die Gewerkschaftsbürokratie ganz offen für die Mobilisierung zum Kampf. In der Dresdner Volkszeitung gab sie die Parole heraus:

„Trotzdem zu, wenn die SPD und KPD zusammen für den Streikband der Textiler.“

### SPD, parteilose und kommunistische Arbeiter!

Dieses Beispiel zeigt, daß wir Arbeiter uns nicht auf die Gewerkschaftsbürokratie als Führerin der Kämpfe verlassen können. Von unseren Löhnen und unserer Unterhaltung soll der Abbau vollzogen werden, deshalb müssen auch wir unab-

hängig unserer politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit in einheitlicher Front zusammenstehen zur Verteidigung unserer Löhne und Unterhaltungen.

Um diesem antisozialistischen Kampf aller Werktätigen in Betrieb und Stempelstellen eine einheitliche Richtung zu geben, betreten wir für

Sonntag, den 11. September 1932 vormittags 9 Uhr nach dem Bürgergarten eine

### antisozialistische Konferenz

ein. Wir wollen die Einheitsfront zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen schmieden, um den sozialistischen Kampf auf Lohn-, Unterhaltungen und Gehälter zurückzuführen.

In allen Betrieben, auf allen Stempelstellen muß die Arbeiterschaft hierzu Stellung nehmen und Kampfbekämpfungen lassen, sowie Delegierte wählen.

Keine Parteileben- und Häufelchenschaft, kein Ausschluß der antisozialistischen Aktion ohne Vertreter auf der Konferenz am kommenden Sonntag.

Vorwärts zum Kampf gegen Lohnabbau und Unterhaltungsraub! Vorwärts zum Sieg der roten Einheitsfront über die sozialistische Vorkammer!

Es lebe der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!  
Antisozialistisches Aktionskomitee Sachse-Dresden

### Die Straßenschwärmereien des roten Reich

der Sebnitzer Straße sowie vom Jägerpark haben bereits in einem Delegierten zur antisozialistischen Konferenz am 11. September im Bürgergarten gewöhlt.

Wo bleiben die Meldungen der anderen Stadtteile, Bezirke u. umliegenden Ortsgruppen für Delegation zur Antisozialistischen Konferenz?

## Wie die Kapitalisten die Wirtschaft „ankurbeln“

# Massenentlassungen und Stilllegungen

### 248 Stilllegungen im August in Sachsen beantragt. Papen-Notverordnung verschärft die Krise - Verdrängt die Antisozialistische Aktion zum Kampf gegen Lohnabbau

Zur gleichen Zeit, wo die Papen-Notverordnung die Entlassung von 1,7 Millionen Arbeitslosen und die Überwindung der Krise verspricht, werden Tag für Tag Tausende von Arbeitern auf das Straßengestühl geworfen und auch die Reichsuntersuchungen Post und Reichsbahn nehmen weitere Massenentlassungen vor.

Allein bei der Reichsbahn sollen 40.000 Arbeiter zur Entlassung kommen. Die Zahl der bei der Post zu entlassenden Arbeiter liegt nicht sehr weit unter dieser Zahl.

Im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden wurde mit den neuen Entlassungen schon begonnen. Am Dienstag wurden in der Bahnhofserei Großenhain 33 Streckenarbeiter entlassen.

Der SPD-Betriebsrat Reithe erklärte den Entlassenen, daß ihn das „nichts angeht.“

Nach in der Reichsbahn sind Massenentlassungen an der Tagesordnung. Im Sachsewert Kleberfabrik sind Entlassungen von Angehörigen angekündigt.

Im August sind beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 248 Anträge über beschlossene Betriebsentlassungen und Stilllegungen eingegangen.

Bei der Bomben-Raumfabrik in Wagnitz soll die gesamte Belegschaft von 700 Personen, überwiegend Arbeiterinnen, entlassen und ab 6. September der Betrieb auf drei Wochen stillgelegt werden.

Bei der Firma Deimler in Eintracht wurden bisher im Einverständnis mit der SPD und Kampfgemeinschaft des Arbeiterrates monatlich über tausend bis zu wöchentlich 70 Stunden Arbeitszeit durchgehender. Jetzt hat man plötzlich 30 Arbeiter entlassen und die Entlassung von weiteren 150 Mann angekündigt.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Erwerbslosen in der zweiten Hälfte August zwar auf 5.225.000 zurückgegangen, aber selbst die Reichsanstalt sagt in ihrem Bericht, daß sich die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und über die Abgrenzung der Arbeitslosenversicherung ausgewirkt hat.

Es handelt sich also keinesfalls um einen Rückgang der Erwerbslosenzahl. Die Zahlen beweisen lediglich, daß Hungerbestrafung die Unterhaltungen gekürzt wurden und sie deshalb nicht mehr in der Zahl der Unterhalteten erscheinen.

Der Reichsarbeitsminister Schöffer erklärte am Dienstag in seiner Rundfunkrede: Trotz der verhältnismäßigen Gunst der Jahreszeit zählen die Arbeitsämter noch 5,4 Millionen Arbeitslose. Mit dem Eintritt der rauhen Jahreszeit wird, wenn nichts Durchgreifendes geschieht, die Arbeitslosenzahl von neuem ansteigen.

Auf der ganzen Linie hat sich die wirtschaftliche Lage nur verschlechtert und verschlechtert sich weiter. Das muß selbst das

## 50 Mark vom antisozialistischen Aktionskomitee Sachse für die Textiler

Das Antisozialistische Aktionskomitee in Sachse hat sich mit Rücksicht, gegen die Stimmen der SPD und Brandstifter, 50 Mark für die vom Kampf streikenden Textilarbeiter an den Gewerkschaftsbürokraten Sachse-Kleberfabrik zu überweisen.

Die Antisozialistische Aktion ist die Basis zum Abwehrkampf gegen den Lohnraub. Das Verhalten der SPD-Führer und Brandstifter beweist, daß es ihnen mit der Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter zum Kampf gegen Lohnraub und Lohnraub nicht geht. Auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft, unter der die Sozialdemokraten bisher noch einen geringen Einfluß besaßen, werden dazu die richtigen Schlüsse ziehen.

offizielle „Institut für Konjunkturforschung“ angeben, das in seinem „Vierteljahrsbericht“ vom 27. August schreibt:

„Im August hat sich die Abwärtsbewegung fortgesetzt; das Produktionsvolumen (Der Umfang der Produktion, Der Wert) ist geringer als jemals seit der Stabilisierung.“

Diese Feststellung gilt für alle Industriezweige und das „Institut für Konjunkturforschung“ weist das an Hand von Zahlenmaterial nach. Zusammenfassend sagt es dann:

„Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsaufschwung sind für Deutschland noch immer nicht gegeben.“

Als das Getreide von der „leicht beginnenden Besserung“ und von dem „Überhandnehmen des Tiefpunktes der Krise“ soll nur Berücksichtigung für die Massen sein, weil die Bourgeoisie mit Schreien den Gefahren eines Hungerwinters mit mehr als 8 Millionen Arbeitslosen und ungeheuerlichem Elend der gesamten werktätigen Massen entgegensteht.

Es wird keine Besserung eintreten, sondern im Gegenteil, das Papen-Programm wird vielmehr die Arbeitslosigkeit noch steigern und die Krise verschärfen. Die deutsche Bourgeoisie hat sich mit sozialistischen Gewaltmethoden für den kommenden Winter vorbereitet. Ihr aber, werktätige Massen, müßt euch mit dem Mittel zur Wehr setzen, das euch gegeben ist: Mit der Einheitsfront der zur roten Einheitsfront zusammengeschlossenen Millionenmassen des arbeitenden Volkes!

# „Reichstag, greif an“ — statt Arbeiter, greif an!

### Wie die Sozialdemokratie die neue Papen-Verordnung unterstützt

Mit allen Mitteln der Demagogie versucht die SPD den Arbeitern einen „Kampf gegen die Notverordnung“ vorzuspiegeln, um in Wirklichkeit gerade die Durchführung der Notverordnung zu erleichtern. Demagogisch moosiert sich die SPD-Presse mit den radikalsten Phrasen und Toni Sender verleiht sich in einem in allen SPD-Propagandablättern veröffentlichten Artikel zur beachtlichen Redensart:

... die Sozialdemokratie stellt die Front der realen Klassen im „Kampf“.

Wie diese „revolutionäre Tat“ aussieht, offenbart jedoch bereits das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“ vom 9. September. Der „Vorwärts“ bringt einen Spigenartikel, der sich folgendermaßen äußert:

„Reichstag, greif an.“ Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft zur Offensive gegen Lohnraub.“

und in dem es heißt:

„Der Zusammenbruch des Reichstages am 12. September läßt daher nur wenige Tage Frist zur Verhinderung des allgemeinen Lohnraubs durch die Offensive der Regierung.“

Nicht die Arbeiter sollen somit angreifen, sondern — der Reichstag! Nicht die Arbeiter sind, wie das Zentralorgan der SPD weitersagen will, der Lohnraub abzuwehren, sondern — der Reichstag soll ihn „verhindern.“

Der „Vorwärts“ weiß ganz gut, daß der Reichstag einen solchen Erfolg nicht haben wird; die SPD weiß ganz gut, das weder die Kasse, noch das Zentrum gegen die Notverordnung stimmen werden und die SPD stellt ihren Antrag auf Aufhebung der Notverordnung auch nur, weil sie weiß, daß er nicht angenommen wird.

Das ist so offensichtlich, daß der „Vorwärts“ sich bemüht hat, es zu leugern:

„Man muß glauben, daß die kapitalistische Offensive, von der die Deutsche Arbeiterzeitung“ mit so lauter Offenheit spricht, durch einen Bericht dieses Reichstages allein zum Stillstand gebracht werden kann. Wohl aber hat der Reichstag die Pflicht, durch einen Konjunkturblick den Kampf

# Reichstagsauflösung und Wahlrechtsveränderung

### Über die Nazis überlegen, ob sie Papen nicht lieber unterstützen

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtbericht.)

Reichspräsident Hindenburg trifft heute in Berlin ein. Voraussichtlich am Freitag wird das neue Reichstagspräsidium von Hindenburg empfangen werden. Für den Fall, daß die Verhandlungen gescheitert wären, ist mit einer Auflösung des Reichstages für Mitte nächster Woche zu rechnen.

Im Zusammenhang damit kündigt die bürgerliche Presse schon jetzt bedeutsame und alarmierende Wahlrechtsveränderungen an. So schreibt der „Dresdner Anzeiger“ von der Möglichkeit, daß man die Wahlzahl heraufsetzt, um die sehr hoch angeschwollene Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten wieder etwas zu verringern. Die Neuwahl würde wahrscheinlich in der ersten Novemberhälfte, vielleicht am 6. November, stattfinden.

Es ist klar, daß neben der Herabsetzung der Wahlzahl die Bourgeoisie auch ihre anderen Pläne (Erhöhung des Wahlalters usw.) zu verwirklichen versuchen wird.

Hindenburg wird am Freitagvormittag das Präsidium des Reichstages empfangen. Dabei dürfte ab dann u. a. auch die Frage der Unterbrechung der Papen-Notverordnung durch die Nazis erörtert werden. Dazu haben das Zentrum und die Nazis bereits jetzt deutlich zu erkennen gegeben, daß sie die Durchführung der neuen Papen-Notverordnung unterstützen. Somit ist ein Kompromiß ausgeschlossen.

## Stempelfreit in Klotzsche-Hellerau

Die Wohlfahrtsverbände von Klotzsche-Hellerau sollen nach behördlicher Verfügung in Dresden stempeln gehen. Eine Bewegung für die Klotzsche-Hellerau ist geschickte Delegation wurde dort nicht vorgelassen und das Haus verließen. Der sozialdemokratische Arbeitsamtsdirektor Freitag hat die Anordnung, daß die Wohlfahrtsverbände von Klotzsche-Hellerau drei Stunden lausen müssen, um Stempel zu geben, ausdrücklich gebilligt und sogar beauftragt, daß das nicht früher durchgeführt werden soll.

In einer von 700 Personen besuchten Protestversammlung in Klotzsche, an der auch zahlreiche Mitglieder teilnahmen, herrschte größte Empörung darüber. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß die Wohlfahrtsverbände den langen Weg zur Kontrolle nicht machen.

Tatsächlich sind denn in Klotzsche und in Hellerau je 200 Wohlfahrtsverbände vor dem Gemeindevorstand gerückt und haben sich dort registrieren lassen. Unter dem Druck dieser Hunderte von Wohlfahrtsverbänden mußten die Bürgermeister nachgeben und die Registrierung vornehmen.

Der Stempelfreit wird weiter geführt und die Wohlfahrtsverbände werden nicht zurückweichen, bevor sie ihre Forderungen, nach wie vor am Orte zu stempeln, durchgeführt haben.

## Massenaufmarsch erzwingt Auszahlung der vollen Unterstützung

Hohenstein, 7. September. (Eig. Drahtbericht.)

Da den Wohlfahrtsempfängern die Unterstützung in der vergangenen Woche nur zu 75 Prozent ausbezahlt worden war, riefen gestern vormittag die Wohlfahrtsempfänger vor dem Rathaus und erzwingen dadurch die Auszahlung der vollen Unterstützung. Im Gegenzug zu früher war diesmal der Bürgermeister unter dem Druck der demonstrierenden Unterstützungsempfänger sehr schnell zur Auszahlung bereit.

Die Polizei versuchte anfangs den Markt zu räumen. Da aber die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger nicht zurückweichen, mußte die Polizei den Rückzug antreten.

## Bereitstellung des schlechten Metallarbeiterfreits

Berlin, 8. Sept. (Eig. Draht.)

Die Zahl der in niederschlesischen Metallindustrie freigelassenen Arbeiter hat sich gestern auf 2500 erhöht, da die Belegschaften von zwei weiteren Betrieben in den Streik getreten sind.

zu eröffnen, der auch der Reichstagsauflösung mit allen zulässigen und erfolgversprechenden Mitteln fortzusetzen sein wird.“

Der „Vorwärts“ muß halb zugeben, daß kein Reichstagsbeschluss die Lohnbauoffensive zurückzuschlagen kann. So versucht es denn der „Vorwärts“ mit dem neuen demagogischen Wank, daß der Reichstag „den Kampf eröffnen“ soll, daß „nach der Reichstagsauflösung“ (ob es jetzt dazu kommt, ist überhaupt fraglich) der „Kampf“ fortzusetzen ist. Mit keinem Wort ruft die Sozialdemokratie und der KPD die Stützen der Papen-Notverordnung keine konkreten Kampfmaßnahmen und die Herabsetzung des „Vorwärts“ von den „zulässigen und erfolgversprechenden Mitteln“ sagt genug:

Für die SPD und den KPD gilt der wirkliche Kampf, gelten ernste Kampfmaßnahmen der Arbeiter, gelten Streiks natürlich als unzulässig und nicht erfolgversprechend.

Die SPD-Parole „Reichstag, greif an“ enthält erneut, daß die Sozialdemokratie und der KPD die Stützen der Papen-Schiele-Regierung sind. Die Weis und Larnow sind entschlossen, mit allen Mitteln und Mäandern die neueste ungebürliche Notverordnung Papens durchzusetzen und alles zu tun, um die Arbeiter vom Kampf gegen den furchtbaren Lohn- und Sozialabbau abzuhalten.

Das aber darf und wird nicht gelingen.

Nicht „Reichstag, greif an“, sondern „Arbeiter, greif an“ heißt es für das vom Hunger aufs härteste bedrückte Proletariat in den Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften.

## Die belgische Streikfront unerwidert

Brüssel, 8. Sept. (Eig. Draht.)

Der Streik der belgischen Bergarbeiter heißt nach wie vor unerwidert. Selbst die bürgerlichen Minister müssen zugestehen, daß so gut wie keine Arbeiter die Arbeit aufgenommen haben.